



Bild: Jannik Kaiser

Arbeit schützen. Staat sanieren. Besser leben.

Die Schweiz gehört zu den erfolgreichsten Ländern der Welt. Ihr Erfolg basiert auf einem simplen Modell: Freiheit, Eigenverantwortung und Rücksichtnahme auf die Schwächsten.

Dieses Modell ist in Vergessenheit geraten. Sozialpopulistische Politiker aus SP, SVP und «Mitte» versprechen ihren Wählern das Blaue vom Himmel. Jeder SVP-Politiker weiss, dass die Schweiz nur dank ihrer Exportwirtschaft so erfolgreich ist. Dennoch verspricht er eine absolute nationalstaatliche Souveränität, die es so nie gab. Auch die «Mitte» weiss, dass schon

die heute beschlossenen AHV-Renten nicht finanziert sind – und doch verlangt sie noch höhere Ausgaben. Und die Linken kämpfen beharrlich, Tag für Tag, gegen die arbeitende Bevölkerung. Obwohl sie wissen, dass ohne Schaffen und Streben kein Sozialstaat finanziert werden kann.

Unser Land steht am Scheideweg. Kriege, Krisen und eine unsichere Zukunft zwingen die Schweiz zur Wahl, welche Aufgaben der Staat noch wahrnehmen soll – und welche nicht. Mit diesem Papier legt die FDP ein 9-Punkte-Programm vor, um die Menschen und ihre

Arbeitsplätze zu schützen. Wer den Wecker stellt, soll wieder mehr vom Lohn behalten. Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben besinnen, wenn er die Bürgerinnen und Bürger nicht erdrücken will. Und diese sollen wieder eine grössere Chance erhalten, ihr Leben aus eigener Kraft zum Besseren zu wenden. Nur so können wir uns weiterhin einen Sozialstaat leisten, der die Schwächsten stützt und stärkt.

Positionspapier, Seite 4 und 5.

«Extreme Steuern sind wie ein langsam wirkendes Gift»

Professor Christoph A. Schaltegger erklärt im Interview mit Christian Steiner und Jonas Projer warum die Juso-Initiative enormen Schaden anrichten kann.

Wieso ist die Schweiz so reich?

Gute Frage – wer wohlhabend ist, hält es allzu leicht für selbstverständlich und fragt nicht mehr nach seinen Erfolgsfaktoren. Besonders wichtig sind für die Schweiz die politischen Institutionen, die Verantwortlichkeit, Stabilität und Teilhabe garantieren. Nur wenn Eigentumsrechte und die persönliche Freiheit gesichert sind, kann Reichtum gedeihen. Muss man dagegen jederzeit Angst haben, dass die Regierung oder deren Günstlinge Unternehmen verstaatlichen und Vermögen konfiszieren, dann nützen auch die tiefsten Steuern, die beste Regulierung und das chancenreichste Bildungssystem nichts. Die Schweiz ist nicht so reich, weil die Menschen hierzulande schlauer oder fleissiger wären als in anderen Ländern, sondern weil unser politisches System seit über 175 Jahren vergleichsweise hohe Verlässlichkeit garantiert.

Wie viel Geld gibt der Schweizer Staat ungefähr jedes Jahr aus und wofür verwendet er es?

Der Schweizer Staat kostet pro Kopf und Jahr ungefähr 30 000 Franken. Wenn wir den Gesamtaufwand nicht auf die Gesamtbevölkerung umlegen, sondern nur auf diejenigen, die direkte Bundessteuern zahlen, dann liegt der Betrag pro Kopf schon bei über 50 000 Franken. Es ist ein Mythos zu glauben, der Schweizer Staat sei klein. Dieser Betrag ist vergleichbar mit dem, was viele andere europäische Länder pro Kopf ausgeben.

Die Steuerrechnung ist bei sehr vielen tiefer als 50 000 Franken pro Jahr. Wer bezahlt die Differenz?

Die Schweiz besitzt bereits heute ein stark progressives Steuersystem. Konkret: Rund ein Prozent der Leute zahlen 23 Prozent der direkten Bundessteuer. Je erfolgreicher ein Kanton ist, desto stärker wirkt sich dieser Effekt aus. Im Kanton Zug beispielsweise zahlt ein Prozent der Leute 44 Prozent der Steuern. Unser Steuersystem verfügt über eine starke Solidaritätskomponente, sodass sich die Einkommens- und Vermögensstarken nicht aus der Verantwortung stehlen

können. Im Gegenteil – sie finanzieren zum grossen Teil unseren Staat.

Und wie sieht es bei den Unternehmen aus?

Bei den Unternehmen ist dieser Effekt noch extremer. 2,7 Prozent der Firmen bezahlen rund 90 Prozent der Gewinnsteuer. Das ist aber nicht vergleichbar mit der Einkommenssteuer. Viele kleine Unternehmen machen keine Gewinne und zahlen deshalb auch keine Gewinnsteuer. Dennoch tragen sie sehr viel zum Gemeinwesen bei, da sie Arbeitsplätze schaffen, Löhne bezahlen, Güter produzieren und Dienstleistungen bereitstellen, die unser tägliches Leben bereichern. Dies gilt umso mehr für die gewinnorientierten Unternehmen. Ein Grossteil der Wertschöpfung fliesst in Löhne, Steuern und Forschung.

Die Ansprüche an den Staat steigen. Die Lösung der Linken ist einfach: Sie wollen das Geld bei den Vermögendsten und Einkommensstärksten eintreiben.

Auf den ersten Blick klingt das natürlich verlockend. Gerade bei Vermögens- oder Erbschaftssteuern ist jedoch Vorsicht geboten. Bei den Vermögen greift der Staat hierzulande bereits heute stark zu, wenn man die Schweiz mit anderen leistungsstarken Ländern vergleicht. Insofern ist die Politik gut beraten, vorsichtig vorzugehen und jene Personen, die massgeblich zur Finanzierung des Staates beitragen, nicht zu verlieren. In Norwegen sehen wir gerade, wie rasch dies passieren kann. Dort hat eine neue Vermögensbesteuerung zu einem regelrechten Exodus der guten Steuerzahler geführt. Das kann nicht das Ziel der Schweiz sein. Denn sonst bezahlt am Ende der Mittelstand die daraus entstehende offene Rechnung.

Vermögen allein schafft noch keine Arbeitsplätze.

Das sehe ich anders: Ersparnisse sind die Grundlage dafür, dass investiert werden kann. Und die Investitionen von im Risiko stehenden Unternehmern schaffen Arbeitsplätze. Generell müssen wir uns darüber im Klaren sein, wofür unser Staat eigentlich da ist. Es geht nicht nur um Bedarfsgerechtigkeit – es geht auch um Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Wir brauchen die Leistungsträger, die sich anstrengen, morgens früh aufstehen und nicht um 17 Uhr Feierabend machen. Dazu zählen natürlich Búezerinnen, Lehrer, Elektrikerinnen, Banker. Aber dazu gehören auch Unternehmer, die dank ihrer Leistung wirtschaftlich besonders erfolgreich sind.

Was ist mit den Erben? Sie haben ihr Vermögen nicht selbst erarbeitet.

Die soziale Mobilität in der Schweiz ist intakt – der familiäre Einfluss auf den persönlichen Erfolg vergleichsweise gering. Die Schweiz ist also ein überaus chancenreiches Land, das kein Problem mit zementierten Gesellschaftsstrukturen hat, wo wenige Familien und ihre Erben über Macht und Einfluss verfügen. Der «American Dream» ist in der Schweiz weitgehend Realität. Ausserdem sollte man nicht vergessen: Familienunternehmen haben ihr Geld nicht wie Dagobert Duck in einem Speicher, in dem sie in freien Stunden baden. Stattdessen sind sie oftmals kaum liquide, weil sie alles in ihr Unternehmen stecken, und können über das Einkommen, das sie erwirtschaften, nicht einmal ihre gesamte Steuerlast decken. Die Wertschöpfung besteht in einem typischen Fall zu 90 Prozent aus: Löhnen, Steuern, Reserven, Investitionen in Forschung und Entwicklung – und das kommt allen zugute.



Christoph A. Schaltegger ist Direktor des IWP in Luzern.

Die Jungsozialisten wollen Erbschaften über 50 Millionen Franken zu 50 Prozent besteuern. Músst dies beim Generationenwechsel nicht möglich sein?

Kommt darauf an, was für volkswirtschaftliche Folgen man dafür in Kauf nehmen will. Mein Kollege Professor Föllmi von der Universität St. Gallen hat berechnet, dass knapp 3000 Steuersubjekte mit einem Vermögen von insgesamt 560 Milliarden Franken betroffen wären. Er geht davon aus, dass davon mehr als 300 Milliarden Franken wegfallen würden – etwa durch Wegzug. Das bringt enorme Steuerausfälle mit sich: 400 Millionen Franken beim Bund pro Jahr. Bei Kantonen und Gemeinden sind es sogar 2,7 Milliarden Franken pro Jahr. Das sind enorme Effekte, die sich natürlich auch auf die Arbeitsplätze auswirken.

Solche Drohungen gibt es immer wieder. Die politische Linke argumentiert, dass betroffene Unternehmen wohl kaum fluchtartig das Land verlassen würden.

Sie dürfen sich das nicht als isoliertes Ereignis vorstellen, der an einem bestimmten Tag erfolgt. Die Folgen zeigen sich erst mit der Zeit. Extreme Steuern sind wie ein langsam wirkendes Gift. Gerade international operierende Unternehmen werden mit der Zeit ihre Aktivitäten hinsichtlich Forschung und Entwicklung verlagern – und dann immer weitere Abteilungen ins Ausland verlagern. Dann bleibt nicht mehr viel in der Schweiz. Wie man es falsch macht, das zeigen unsere Nachbarländer. Die Deindustrialisierung in Frankreich, Grossbritannien und Italien ist ein Fakt. Und Deutschland ist derzeit auf dem Weg dorthin. Dieser Niedergang geht allmählich vor sich, wenn die Rahmenbedingungen nicht mehr wettbewerbsfähig ausgestaltet sind.

Was muss geschehen, damit das in der Schweiz nicht passiert?

Es braucht erstens auch kulturell ein unternehmensfreundliches Klima – es sind die wirtschaftlich Erfolgreichen, die die steuerliche Hauptlast tragen. Und es braucht überdies die Einsicht, dass wir alle für die Bewirtschaftung unserer Allmende verantwortlich sind. Der Staat darf nicht zur Beute von Interessengruppen, NGO oder politischen Parteien werden. Er muss für die Vielen da sein, und nicht für die Wenigen, die sich politisch besonders gut artikulieren können. Und die Vielen – das ist eben der Mittelstand, das Rückgrat von Gesellschaft und Wirtschaft.

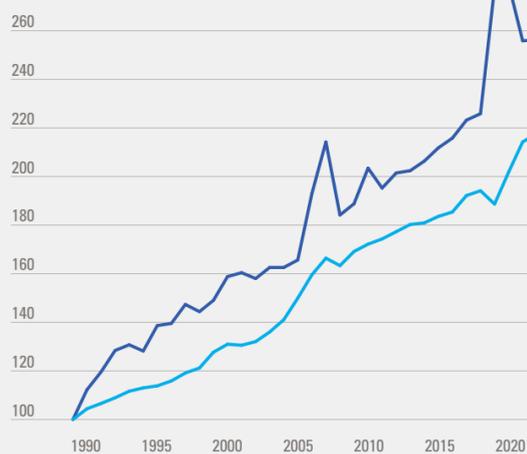
Was bráuchte es denn, um den Reichtum der Schweiz zu erhalten?

Mehr Konzentration auf das Erwirtschaften – weniger Fokus auf die Verteilung von durch andere geschaffenen Werten. In der Schweiz finanzieren vergleichsweise wenige das Gros der staatlichen Leistungen. Das ist Teil eines gut funktionierenden Gesellschaftsvertrags. Wird er mutwillig aufgekündigt, führt dies zu unkalkulierbaren Verwerfungen für alle.

Die Staatsausgaben wachsen schneller als die Wirtschaft

Indiziert, 1990 = 100

— BIP — Ausgaben



Daten: EFV und BFS. Zusammenstellung: IWP. Visualisierung: Datavrapper.

Die Schweiz am Scheideweg

Von Parteipräsident Thierry Burkart

Wir erleben momentan Kriege und Unsicherheit, Handelskonflikte und Protektionismus. In dieser herausfordernden Zeit ist es entscheidend, dass die Schweiz ihren Bürgerinnen und Bürgern weiterhin Sicherheit, Perspektiven und Lebensqualität bietet. Die Schweizer Bevölkerung schätzt den gesellschaftlichen Frieden, die Verlässlichkeit staatlicher Institutionen und die Freiheit, ihr Leben selbstbestimmt gestalten zu können. Auch Unternehmen wählen unser Land nicht zufällig als Standort. Dank ihrer Neutralität kann die Schweiz zwischen den Blöcken manövrieren. Diese besondere Rolle stärkt nicht nur unsere internationale Position, sondern auch das tägliche Leben der Bevölkerung: in Form von Wohlstand, stabilen Sozialwerken und einem vergleichsweise hohen Mass an Zufriedenheit. All das ist jedoch keine Garantie für die Ewigkeit, sondern muss tagtäglich erarbeitet und verteidigt werden. Eine wirtschaftsschädigende und mittelstandsfeindliche Gesetzgebung, Steuererhöhungen und ideologisch motivierte Umverteilungsinitiativen untergraben unsere Fähigkeit, den Menschen ein sicheres Einkommen, gute Bildung und sozialen Aufstieg zu ermöglichen, und gefährden letztlich Arbeitsplätze, Investitionen und Innovationskraft.

Die von der Juso lancierte Erbschaftssteuer-Initiative ist besonders schädlich. Diese sieht eine massive Besteuerung von Erbschaften ab einem Freibetrag von 50 Millionen Franken vor. Was auf den ersten Blick nur Superreiche zu betreffen scheint, gefährdet in Wahrheit viele Familienunternehmen und KMU, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden. Denn bei einer solchen Besteuerung droht die Zerschlagung gesunder Betriebe allein deshalb, weil Erben die Steuerlast oft nicht tragen

können. Das bedeutet nicht nur das Aus für gewachsene Unternehmensstrukturen, sondern auch für zahlreiche Arbeitsplätze. Diese Initiative ist ein Schuss ins eigene Knie. Die Juso will Erbschaften besteuern und bestraft damit alle Menschen in unserem Land. Die damit einhergehenden Steuerausfälle in Milliardenhöhe bedrohen den Service public. Einspringen muss einmal mehr der Mittelstand, der zusätzlich belastet werden wird.

Diese Initiative reiht sich in eine ganze Kaskade teurer Forderungen der Linken ein. Beispiele gefällig? 13. AHV-Rente: 5 Milliarden Franken, Prämientlastung: 4,5 Milliarden Franken, Klimafonds-Initiative: 7,7 Milliarden Franken, Kinderbetreuung: 770 Millionen Franken – und diese Liste liesse sich noch weiter verlängern. All diese vermeintlich guten Taten muss jemand Jahr für Jahr bezahlen – nämlich jene, die noch immer aufstehen und arbeiten gehen. Damit bürden wir den Leistungsträgern unserer Gesellschaft mehr Lohnabgaben und Steuern auf. Das darf nicht sein! Wir werden keine Mehrbelastung der Löhne akzeptieren und jede Steuererhöhung bekämpfen.

Ein positives Zeichen in diesen wirtschaftlich anspruchsvollen Zeiten ist die Absicht des Bundesrates, den Bundeshaushalt gezielt zu entlasten, anstatt ständig neue Staatsaufgaben zu erfinden. Das Entlastungspaket ist ein Schritt in die richtige Richtung. Staatliche Ausgaben müssen gezielt, effizient und haushälterisch erfolgen. Das darf jedoch nicht das Ende sein. Das Staatswachstum muss eingeschränkt werden. Inzwischen arbeitet bereits ein Viertel aller Erwerbstätigen für die öffentliche Hand oder staatsnahe Betriebe – das sind über eine Million Menschen. Allein beim Bund

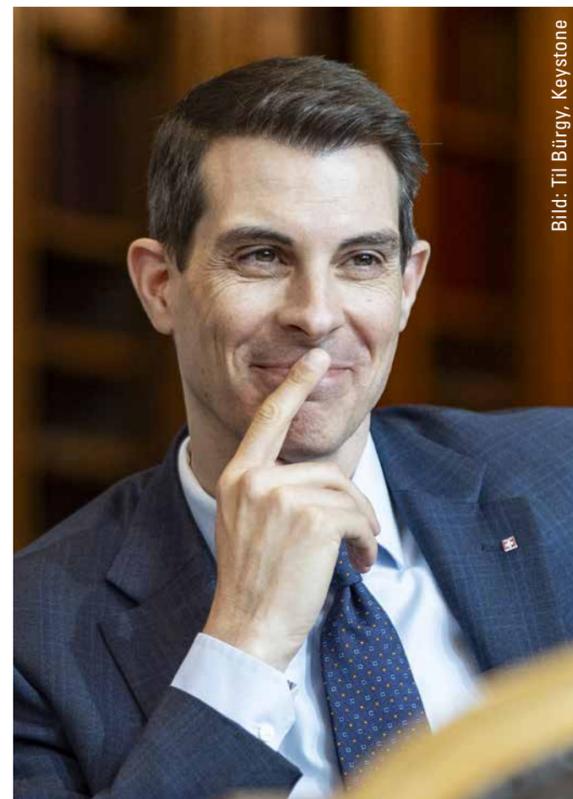


Bild: Tili Bürgy, Keystone

«Unser Land braucht eine bürgerlich-liberale Politik.»

entstehen jährlich 450 neue Stellen, ohne dass alte abgebaut werden. Zudem sind die Löhne im öffentlichen Dienst rund 14 Prozent höher als im Durchschnitt. Das ist teuer und benachteiligt unsere KMU. Es braucht einen Personalstopp beim Bund. Nur so können wir uns weiterhin einen Sozialstaat leisten, der die Schwächsten schützt und stärkt. Wer jedoch die Bundesfinanzen durch Steuern auf Sparvermögen retten will, ist bei der FDP an der falschen Adresse. Diese Angriffe auf den sparsamen Mittelstand werden wir mit allen politischen Mitteln bekämpfen!

Wirtschaftlicher Erfolg, sozialer Ausgleich und staatliche Stabilität sind keine Gegensätze. Sie bedingen einander. Wer glaubt, den Wohlstand durch höhere Steuern, mehr Umverteilung und Überregulierung sichern zu können, irrt. Unser Land braucht eine bürgerlich-liberale Politik, die Eigenverantwortung stärkt, Leistung belohnt und die Standortattraktivität unseres Landes sichert. Das ist der freisinnige Weg für das Erfolgsmodell Schweiz – gestern, heute und morgen.

FDP
Die Liberalen

Man kann es drehen, wie man will.

Die Rechnung bezahlt der Mittelstand.

Die milliardenschweren Steuerausfälle der Juso-Enteignungsinitiative fallen zurück auf den Mittelstand. Wenn die besten Steuerzahler durch eine Erbschaftssteuer in der Höhe von 50 Prozent zur Auswanderung getrieben werden, fehlen in den Kassen von Gemeinden, Kantonen und Bund jedes Jahr bis zu 3'700'000'000 Franken. Für den typischen Haushalt droht damit eine Steuererhöhung um jährlich 1265 Franken.

- » Die FDP schützt den Mittelstand vor neuen Steuern.
- » Die FDP verhindert den Zwangsverkauf von Familienunternehmen.
- » Die FDP verhindert den Kahlschlag beim Service public.



Ich will mich persönlich engagieren.

**Nein zur Juso-
Enteignungsinitiative**

juso-enteignungsinitiative.ch

Für alle, die den Wecker stellen

Was die Schweiz jetzt braucht

Arbeit schützen

1 Keine neuen Steuern

Die FDP wird verhindern, dass Bürgerinnen und Bürger durch neue Gebühren, Abgaben und Steuern belastet werden. Schon heute greift der Staat gleich mehrfach zu: Er besteuert die Arbeit und den Konsum des erarbeiteten Lohns. Arbeit stiftet Sinn und Wert, sie ermöglicht ein erfülltes und unabhängiges Leben. Wer sie belastet, greift tief in den individuellen Lebenswandel der Menschen ein. Die Lücke zwischen dem Lohn gemäss Arbeitsvertrag und der Überweisung am Ende des Monats ist in der Schweiz bereits viel zu gross. Die Linke spricht von «Kaufkraft», will aber die Löhne noch weiter schwächen und den täglichen Einkauf noch schärfer besteuern. Schluss damit!

Wir werden keinen Rappen Mehrbelastung bei den Löhnen akzeptieren und jede Steuererhöhung bekämpfen. Es darf nicht sein, dass die arbeitenden Menschen nicht selbst entscheiden können, was mit ihrem Geld geschieht. Für die FDP ist klar: Arbeit soll sich wieder lohnen. Die Steuer- und Abgabenlast muss sinken. Dazu gehört neben dem Ausgleich der kalten Progression, die durch die Geldentwertung entsteht, auch der Ausgleich der warmen Progression, die durch Produktivitätssteigerungen zu immer höheren Steuersätzen führt. Nur mit einer deutlichen Entlastung wird sich Arbeit für den Mittelstand wieder lohnen.

2 Löhne statt Sozialhilfe

Die letzten Jahre liefen wirtschaftlich gut. Deshalb sind heute weniger Menschen in der Sozialhilfe als beispielsweise noch 2019. Statt sich darüber zu freuen und jene zu stützen, die wirklich auf Hilfe angewiesen sind, sucht die staatliche Sozialindustrie aktiv neue «Klienten» und baut ihre Leistungen stetig aus. Durch unzählige Zulagen sind manche Sozialhilfeempfänger finanziell bessergestellt, als wenn sie arbeiten würden. Obendrauf hat die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) eine irregeleitete neue Reform beschlossen. Die SKOS will weg von der Nothilfe, sie baut

die Sozialhilfe zu einer Art Vollkaskoversicherung aus. Das ist teuer und erschwert es, dass Menschen schnell wieder auf eigenen Beinen stehen.

Richtig wäre es, den Sozialhilfeempfängern mehr Verantwortung zu übertragen und sie in die Pflicht zu nehmen. Nötig ist eine Differenz zwischen Sozialhilfe und Arbeitsverdienst (Lohnabstandsgebot). Wer arbeitet, muss in jedem Fall mehr in der Tasche haben, als wenn er von Sozialhilfe lebt. Bevor nun die Linken drauflosregulieren: Für den Lohnabstand braucht es angepasste Zulagen in der Sozialhilfe, keine Mindestlöhne. Denn Mindestlöhne vernichten Arbeitsplätze und schaffen zusätzliche Bedürftige.

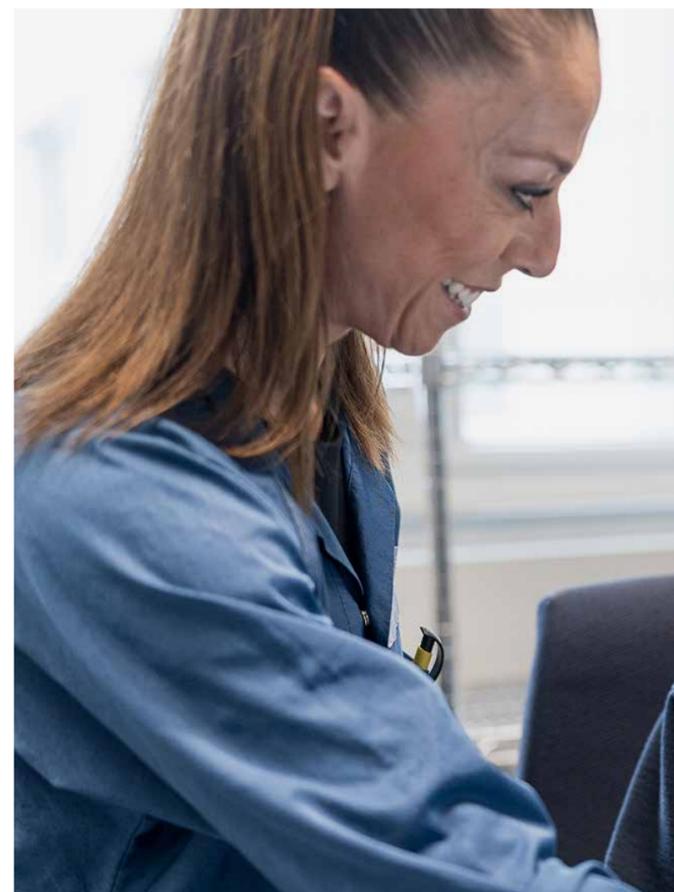
Über die Sozialhilfe hinaus muss der Staat aufhören, seine Hilfsgelder, Unterstützungsleistungen und Subventionen mit der Giesskanne zu verteilen. Wieso etwa soll der Bund die Kinderbetreuung für alle finanzieren, unabhängig davon, ob jemand in dieser Zeit überhaupt arbeitet? Wer Geld ohne Gegenleistung verteilt, bestraft jene, die arbeiten.

3 Freihandel – mit allen

Zölle, Kriege und neue Blockbildungen schwächen den Welthandel. Was tun? Kriegstreiber sollen Sanktionen spüren, alle anderen barrierefrei mit der Schweiz handeln können. Nur dank tiefen Steuern, einem liberalen Arbeitsmarkt und wirtschaftlicher Offenheit hat sich unser Land an der Weltspitze etabliert.

«America first» wird schon für die mächtigen USA nicht funktionieren. «Switzerland first» wäre für die Schweiz katastrophal. Der Flirt-Zug von Stadler wird zwar in Bussnang zusammengeschraubt. Doch die mehreren Tausend Einzelteile kommen aus der halben Welt. Der grenzüberschreitende Handel verbindet nicht nur die Welt, er sorgt auch für einen gesunden Wettbewerb. Er bricht verkrustete Strukturen auf, hinterfragt historisch gewachsene Subventionen, zerschlägt Kartelle und hält unsere Unternehmen fit.

Besonders rege handeln, geschäften und kooperieren unsere Betriebe mit den EU-Nachbarländern. Die EU



Susana Fabro (42) und Maria Marinelli (27) arbeiten in der Elektronikproduktion. In ihrer Arbeit sind Präzision und Teamarbeit mit perfekter Abstimmung erforderlich.

kauft fast die Hälfte unserer Waren und Dienstleistungen – und liefert den grössten Teil unserer Importe. Das Schmiermittel dafür sind die Bilateralen Verträge. Sie schützen die Schweiz vor dem EU-Beitritt. Sie haben uns pro Kopf wohlhabender gemacht als fast alle EU-Staaten (Luxemburg liegt an der Spitze), weil sie technische Normen vereinheitlichen und den Handel erleichtern. Und sie verhindern ein Asylchaos. Ohne die Bilateralen dürfte jeder Asylbewerber, der irgendwo in der EU abgelehnt wurde, in der Schweiz ein zweites Gesuch um Aufnahme stellen. Selbst wenn Donald Trump von den massivsten Zöllen abrückt: Die wirtschaftliche Unsicherheit wird bleiben. Sie belastet die Schweizer Exportwirtschaft, die KMU und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Umso wichtiger sind bilaterale Freihandelsabkommen. Die FDP fordert deshalb eine rasche Umsetzung des Abkommens mit Indien, den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten und Vietnam sowie die Aktualisierung der Abkommen mit Japan, China oder Mexiko. Auch mit den USA braucht es Sondierungsgespräche. Kein einzelner Wirtschaftszweig darf diese Gespräche blockieren. Sie sind für unsere kleine, offene Volkswirtschaft überlebensnotwendig.

Staat sanieren

4 Generationenvertrag erneuern

Die Schuldenbremse geniesst in der Schweiz Kultstatus. Sie soll künftige Generationen vor dem Leichtsinne der Politiker schützen. Doch an der Schuldenbremse vorbei hat die Politik ein neues Billionenloch geschaukelt. Es besteht nicht aus Staatsschulden, sondern aus ungedeckten Rentenversprechen. Experten sind sich einig: Das System der umlagefinanzierten Rente stösst an seine Grenzen. Als die AHV 1948 gegründet wurde, betrug die Lebenserwartung eines 65-Jährigen 14 Jahre. Heute sind es bereits 24: Tendenz steigend. Damals gab es für jeden Rentner sechs potenziell Erwerbstätige. Heute kommen auf einen Menschen über 65 noch drei Menschen im erwerbsfähigen Alter. Bis 2050 werden es nur noch zwei sein.

Was heisst das? Die aktuellen Rentenversprechen der AHV belaufen sich auf sage und schreibe 1200 Milliarden Franken. Die Linke zählt darauf, dass eine Allianz von sozialistischen Umverteilern und egoistischen Nettobezüglern jede echte AHV-Reform verhindert. SVP und Mitte beteiligen sich am traurigen Spiel und verteilen munter weiteres Geld, das der Mittelstand bezahlen muss. Wir Freisinnigen haben ein positiveres Bild von der pensio-



Didi Demarmels (30), Transportunternehmer. Er beginnt um 5.30 Uhr. Erst wenn alle Fahrten ausgeführt und die Lastwagen parkiert sind, gehen er und sein Team nach Hause.

Bild: Jannik Kaiser



Bild: Jannik Kaiser

Aktion des Sensorspezialisten Baumer im Schichtbetrieb. Entscheidend.

nierten Generation. Wir wissen, dass sie den Wert von Arbeit, Fürsorge und Verantwortung besser als jede andere kennt. Deshalb wird die FDP zusammen mit bürgerlichen Rentnerinnen und Rentnern weiterkämpfen – für die aktiven, die jüngsten und die ungeborenen Generationen. Klar ist, dass der Maurer, die Gerüstbauerin oder die Pflegefachperson nicht bis 70 arbeiten können. Ebenso klar ist, dass wir die Jungen nicht länger ausbeuten und die Älteren nicht länger aussortieren dürfen. Das Rentenalter 65 ist ungerecht. Es muss fallen. Egal, wie viele Anläufe es dazu braucht. Höchste Zeit für eine Reform der Altersvorsorge, die diesen Namen verdient.

5 Ja zum Entlastungspaket

Jahrzehntelang haben die Politikerinnen und Politiker in Bundesbern sorglos neue Ausgaben und Subventionen beschlossen. Nun rutscht der Bund in die roten Zahlen. Ein erster, wichtiger Schritt ist die Kostendämpfung im «Entlastungspaket 27». Diese ist unumgänglich, um die Ausgabenfreude des Parlaments zu zügeln und gleichzeitig die zwingend notwendige Wiederaufrüstung der Armee zu sichern. Nachdem unsere Verteidigungsfähigkeit in den langen, verhältnismässig friedlichen Jahren nach dem Kalten Krieg aufgegeben wurde, müssen jetzt die Prioritäten neu gesetzt werden. Nur so kann die Freiheit und Sicherheit der Schweiz bewahrt werden.

Sparpotenzial gibt es mehr als genug. Mit dem Entlastungspaket 27 kann auf drei bis vier Milliarden Franken verzichtet werden, also auf genau jenes Geld, das im Bundesbudget fehlt. Zum Vergleich: Jährlich gibt der Bund rund 85 Milliarden Franken aus. Mehr als die Hälfte davon sind Subventionen. Wenn die SP bei den vorgeschlagenen Massnahmen von einem «Kahlschlag» spricht, so führt sie die Bevölkerung schamlos hinters Licht. Das Entlastungspaket 27 ist nicht einmal ein Sparprogramm: Trotz den Massnahmen steigen die Bundesausgaben munter weiter, bloss etwas weniger rasant. Ebenso unehrlich politisieren jene, die das Paket von Minderausgaben aufschneiden wollen. Wenn im Parlament jede Minderausgabe einzeln verhandelt wird, so geht die Leidenssymmetrie verloren – und die Lobbys setzen sich durch.

6 Personalstopp beim Bund

Die Verwaltung wächst auf allen staatlichen Ebenen, und das insgesamt deutlich schneller als die Bevölkerung. Allein der Bund schafft jedes Jahr rund 450 neue Stellen. Während der Staat kräftig ausgebaut wird,

fehlt es in der Privatwirtschaft an Fachkräften. Besonders fatal: Viele der Staatsangestellten sind kompetent, engagiert und kreativ. Bei ihrer Arbeit entdecken sie immer neue Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft, die sie regulieren und kontrollieren können. Durch diesen Schneeballeffekt wächst die Bürokratie immer weiter – mit enormen Folgen für Selbstständige, KMU, Grossbetriebe, internationale Unternehmen und für die Bürgerinnen und Bürger.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat kürzlich die Bürokratiekosten für Schweizer KMU berechnet. Sie belaufen sich mittlerweile auf über sechs Milliarden Franken pro Jahr. Zudem fehlen den privaten Unternehmen wertvolle Arbeitskräfte, die ihnen der Staat mit goldenen Arbeitsverträgen abwirbt. Der Bund lockt mit mehr Ferien, besserer Vorsorge, einem ausgebauten Kündigungsschutz und Lohnprämien von bis zu 14 Prozent.

Die FDP will hier die Reissleine ziehen. Es braucht einen Personalstopp beim Bund und seinen externen Dienstleistern – denn auch der Speckgürtel von Beratungsfirmen im Umfeld des Bundes ist zu gross. Selbst wenn der Bund neue Aufgaben übernimmt, braucht er deswegen seinen Personaletat nicht stetig aufzublähen. Jedes KMU im Land ist es sich gewohnt, für neue Geschäftsfelder das richtige Personal zu rekrutieren – und in anderen Bereichen abzubauen. So müsste auch der Bundesrat aufzeigen, auf welche Staatsaufgaben verzichtet werden und was durch die Digitalisierung effizienter erledigt werden kann.

Besser leben

7 Ersparnisse schützen

Der grösste finanzielle Schatz, den sich Schweizerinnen und Schweizer in ihrem Leben ersparen, ist ihre Pensionskasse. Hier reifen die Früchte der eigenen Arbeit, verdoppelt von den Arbeitgebern und gemehrt vom «dritten Beitragszahler»: Weil ein PK-Vermögen über Jahrzehnte angelegt wird, wachsen mit dem Erfolg an den Finanzmärkten die privaten Ersparnisse.

Sind das die «Spekulanten», gegen die die SP so leidenschaftlich hetzt? Ist das der Grund, weshalb sie nach den Vorsorgevermögen greift? Die SP diffamiert das individuelle Sparen als «unsinnige Anhäufung von Kapital». Auf ihren Druck wird eine Vorsorgesteuer geplant, die Kapitalbezüge im Ruhestand bestraft. Die Absicht der SP ist klar. 2024 sprach die JUSO sie erstmals aus: In

einer Resolution forderte die SP-Jungpartei unverblümt, die zweite Säule abzuschaffen.

Die FDP wird diese Angriffe aufs Vorsorgevermögen mit allen politischen Mitteln bekämpfen. 6760 Bürgerinnen und Bürger haben mit der FDP eine eigene Vernehmlassungsantwort gegen die neue Steuer eingereicht. Dabei geht es nicht nur darum, dass eine neue Steuer auf bestehende Sparvermögen gegen Treu und Glauben verstösst. Es geht auch um Werte. Zur individuellen Selbstbestimmung jedes Menschen gehört die Freiheit, sich ein finanzielles Polster zu erarbeiten. Es macht glücklich, ohne finanzielle Sorgen und unabhängig in die Zukunft zu schauen. Unabhängig auch vom Staat.

8 Wohneigentum ermöglichen

Der Wunsch nach den eigenen vier Wänden ist ein Traum, den viele Schweizerinnen und Schweizer hegen. Die FDP fordert: Wer fleissig arbeitet und spart, soll ihn sich erfüllen können. Wir kämpfen dafür, dass Wohneigentum für junge Familien und den Mittelstand wieder möglich und wirksam gefördert wird. Genau so, wie es eigentlich auch in der Bundesverfassung steht (Art. 108).

Der Schlüssel dazu liegt in der Beschleunigung des Wohnungsbaus. Nirgendwo sonst spürt der Bürger die Bürokratie so direkt. Ein Dickicht an Vorschriften, endlose Verfahren und linke Diktate in den Städten verhindern, dass genügend Wohnraum entsteht. Weil viel zu wenig gebaut wird und gleichzeitig die Nachfrage steigt, explodieren die Preise und Mieten. Potenzial gibt es genug, auch ohne Neubau auf der grünen Wiese. Bestehende Gebäude können aufgestockt, leerstehende Büro- und Gewerbeflächen umgenutzt werden. Lassen wir im Bau wieder den gesunden Menschenverstand walten! Von der Planung bis zum Bagger darf bei Wohnraum nicht mehr als ein Jahr vergehen. Erfolgreiche Einsprachen müssen eine Kostenfolge haben. Und wenn der Denkmalschutz nicht eingegrenzt wird, haben wir bald nur noch wunderschöne Siedlungen, die sich keiner leisten kann.

9 Stark für die Schwachen

Wer jemals ein anderes Land bereist hat, besonders ausserhalb von Westeuropa, der weiss: Elend, Hunger und extreme Armut existieren. Aber nicht in der Schweiz. Unser soziales Auffangnetz ist stark. Das ist ein Grund, um stolz zu sein. Über 23 Milliarden Franken fliessen jedes Jahr in Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen, Prämienvorbilligungen und Invalidenrenten, und die FDP steht zu diesen Sozialwerken.

Aber Solidarität muss man sich leisten können. Das kann die Schweiz, weil sie international erfolgreichen Unternehmen einen attraktiven Standort bietet. Verhältnismässig tiefe Steuern, vernünftige Regulierung, ein liberaler Arbeitsmarkt, Innovation, Grundlagenforschung und das duale Bildungssystem ziehen Firmen an, die die Staatskassen füllen. Davon profitiert auch, wer keine Hilfe erhält. Weshalb sind die Löhne eines Kinderbetreuers oder einer Bauarbeiterin in der Schweiz viel höher als in den Nachbarländern? Die herausragende Produktivität in Schlüsselbranchen wie Pharma, Medtech, Spezialchemie, Maschinenbau, Uhren oder Finanzdienstleistungen ist der Motor des Schweizer Wohlstands. Damit dies so bleibt, gehören ideologische Hürden und Denkverbote eingerissen (Gentechnik, Kernkraft, 5G). Es braucht Forschungsfreiheit statt Bürokratie, Technologieoffenheit statt Verbote und Unternehmertum statt Industriepolitik.

Was die Rahmenbedingungen für internationale Unternehmen betrifft, hat die Schweiz den Anschluss verloren. Als erster Schritt muss nun die OECD-Mindeststeuer überprüft werden. Die Schweiz hat diese Steuer vor einem Jahr eingeführt in der Erwartung, dass viele andere Länder nachziehen. Das hat sich nicht bestätigt. Wenn sich die OECD-Mindeststeuer oder ein gleichwertiges Modell bis in 5 Jahren nicht bei den wichtigsten Handelspartnern durchgesetzt hat, dann muss die Schweiz aussteigen. Zum Schutz unserer Unternehmen. Und aller, die von ihnen leben.

Beschlossen von den Delegierten der FDP. Die Liberalen Schweiz in Hergiswil NW am 28. Juni 2025.

Das Notwendige, nicht das Gefällige anpacken

«Noch nie stand das Erfolgsmodell Schweiz derart auf dem Prüfstand», sagt alt Bundesrat Kaspar Villiger.

Von alt Bundesrat Kaspar Villiger

Für die Einladung, an Ihrer Delegiertenversammlung einige Gedanken zu entwickeln, danke ich herzlich. Es ist das Privileg des Alters, dass man sich von der Zwangsjacke des politischen Tagesgeschäfts lösen und sich den grundsätzlichen Perspektiven des Geschehens zuwenden darf. Die rund sechzig Jahre, während denen ich als Unternehmer, Politiker und Verwaltungsrat Verantwortung tragen und Erfahrungen sammeln durfte, sind grob durch drei Epochen geprägt: den Kalten Krieg, den wirtschaftlichen und demokratischen Aufbruch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und jetzt den brüskten Zerfall einer Weltordnung.

Während des Kalten Krieges lebte es sich auf der richtigen Seite des eisernen Vorhangs gar nicht so schlecht. Die Bedrohung durch die kommunistische Seite disziplinierte den freien Westen, beide Seiten sorgten trotz aller Unterschiede mit dem atomaren Patt für eine gewisse Stabilität, und das grell sichtbare Versagen der staatlichen Planwirtschaft in den kommunistischen Diktaturen veranschaulichte klar die Überlegenheit von Demokratie, Freihandel und Marktwirtschaft. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion setzte eine lange Phase des Aufschwungs ein: Der Welthandel blühte, der globale Wohlstand nahm zu, extreme Armut und Hunger nahmen ab, die Lebenserwartung stieg, die Anzahl Toter durch Gewalt und Kriege reduzierte sich, neue Demokratien blühten auf. Die Amerikaner übernahmen es – trotz aller Fehler, die ihnen dabei unterliefen –, die Regeln und Werte zu hüten und durchzusetzen, die jede erfolgreiche Ordnung braucht. Für das Exportland Schweiz waren das, wie wir jetzt erkennen, paradiesische Verhältnisse.

Das alles geht nun brüsk zu Ende. Eine selbstbewusste autokratische Achse unter der Führung Russlands und Chinas verschreibt sich dezidiert dem Kampf gegen demokratisches Gedankengut. Eine Weltordnung kollabiert, Macht löst Recht ab, und unweit von uns werden wieder Kriege geführt. Der regelbasierte Welthandel, unsere wichtigste Wohlstandsquelle, gerät ins Trudeln. Die demografische Alterung setzt in wohlhabenden Industriestaaten wie der Schweiz die Sozialsysteme und die Innovationsdynamik unter Druck. Die globale Verschuldung erreicht historische Ausmasse und gefährdet

nicht nur die Stabilität einzelner Staaten, sondern des globalen Finanzsystems. Die Demokratie gerät weltweit ins Wanken, und sie hat auch in bewährten Demokratien an Zustimmung verloren. Die USA wenden sich offensichtlich von einer Ordnung souveräner demokratischer Staaten ab, die in friedlichem Wettbewerb kooperieren. Sie nähern sich dem Lager jener an, die eine Ordnung mit einer Handvoll grosser Staaten anstreben, die ihr Vorfeld imperialistisch kontrollieren und auf Demokratie pfeifen. Fraglich ist, ob sich das politisch zersplitterte Europa trotz seiner wirtschaftlichen Stärke in einer solchen Ordnung überhaupt zu behaupten vermag. In einer derart komplexen globalen Situation kann niemand voraussagen, wie sich die Dinge entwickeln werden. Zeiten zerfallender Weltordnungen, das zeigt die Geschichte, sind immer gefährlich.

Im gegenwärtigen turbulenten Umfeld steht die Schweiz zurzeit noch als Insel der Seligen da. Gemessen an fast allen Kriterien des Erfolgs eines Staates, etwa Wohlstand, Stabilität, demokratische Legitimation, Standortqualität, soziale Ausgeglichenheit, Lebenserwartung oder Lebensqualität, befindet sie sich in einer Spitzengruppe. Das hat sie – neben glücklichen Umständen – einer politischen Kultur zu verdanken, die auf geglättete Weise zwei komplementäre Prinzipien vereinigt: Das Freiheitsprinzip mit seinen Freiheitsrechten und seiner noch einigermaßen freiheitlichen Wirtschaftsordnung einerseits und das Genossenschaftsprinzip andererseits, das mit seinen gemeinschaftsorientierten Werten unser soziales Zusammenleben begünstigt. Mit der Einwohnerzahl einer mittleren chinesischen Grossstadt und ohne Bodenschätze wäre eine Schweiz, die nur vom eigenen winzigen Markt zu leben hätte, ein armes Land. Erst die Erschliessung der Weltmärkte mit Produkten hoher Qualität brachte uns weit überdurchschnittlichen Wohlstand. Die neue Weltunordnung allerdings wird die Erhaltung dieses Wohlstands erschweren.

Der global wachsende Protektionismus und die irrwitzige Wirtschaftspolitik der USA verschlechtern die Bedingungen für unsere Wirtschaft merklich. Die hoch verschuldeten Finanzmärkte erhöhen das Risiko einer erneuten Finanzkrise. Die Kriegsgefahr in Europa steigt, und die sogenannte hybride Kriegsführung trifft

uns schon jetzt. Wegen der tiefen Geburtenrate würde der Schweiz ohne Zuwanderung nicht eine Zehn-, sondern eine Sechsmillionenschweiz drohen, dominiert von alten Leuten wie mir. Damit würde der Sozialstaat vollends unfinanzierbar, und die Produktivität unserer Wirtschaft sänke drastisch. Zugleich sind Signale unübersehbar, wonach unsere Leistungsgesellschaft in eine Anspruchsgesellschaft zu mutieren droht. Aber wo Leistung verschwindet, werden Ansprüche unerfüllbar.

Das alles schafft Herausforderungen, wie sie die Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt hat. Allerdings habe ich den Eindruck, dass sich grosse Teile der Politik davon nicht beeindruckt lassen. Das könnte sich rächen.

Eigentlich ist die Stossrichtung einer Strategie recht einfach, die angesichts der erwähnten Herausforderungen konsequent eingeschlagen werden müsste. Sie umfasst fünf Schwerpunkte:

1. Kompensation der Erschwerungen der Welthandelsbedingungen durch eine permanente Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen statt der bisherigen permanenten Verschlechterungen durch stets neue Berichtspflichten, Quotenvorschriften, Klagedrohungen, Arbeitsmarktverkrustungen, Steuerbelastungen, Sozialbeitragserhöhungen und was den professionell Gutmeinenden sonst noch einfallen mag.
2. Erhaltung der finanziellen Stärke des Staates, denn solide Finanzen sind das Rückgrat der Widerstandsfähigkeit in schwierigen Zeiten. Nur so bleibt der Staat auch in Krisen handlungsfähig, und nur so können die Handlungsspielräume der künftigen Generationen gesichert werden. Das ist nur zu schaffen, wenn wir uns strikt auf das Notwendige beschränken und auf das «Nice-to-have» verzichten. Ich bin stolz und dankbar, dass sich unsere Bundespräsidentin energisch für dieses Anliegen einsetzt.
3. Sicherung des Zugangs zu den wichtigsten Exportmärkten. Das bedeutet vorab einmal den rechtlich gesicherten Zugang zu unserem wichtigsten Ab-

satzmarkt, dem EU-Binnenmarkt mit gegen 500 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten. Hier hat Ignazio Cassis trotz enormer Widerstände eine tragfähige Lösung ausgehandelt, die nicht nur der Wirtschaft Rechtssicherheit brächte, sondern auch unser Verhältnis zum grossen Partner stabilisieren würde, mit dem wir geografisch und geologisch untrennbar verzahnt sind. Das bedeutet weiter neue Freihandelsabkommen (nach Möglichkeit einschliesslich der USA), die weder an partikularegoistischen Schutzbestrebungen noch an weltfremden moralischen Ansprüchen an die Partnerländer scheitern dürfen. Und schliesslich bedeutet es die Fortsetzung des WTO-Prozesses, der trotz Erosionserscheinungen weiterhin einen grossen Teil des Welthandels erleichtern wird.

4. Ermöglichung der Zuwanderung von Menschen mit für die Wirtschaft notwendigen Qualifikationen, ohne dass unser nicht unbegrenztes Integrationsvermögen überfordert wird. Eine Gratwanderung!
5. Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit der Armee.

Das alles ist bittere Medizin. Aber noch nie stand das Erfolgsmodell Schweiz derart auf dem Prüfstand. Und noch selten tat sich die Schweiz so schwer, schwierige Probleme mit tauglichen Kompromissen zu lösen, sei es in der Sozial-, Sicherheits-, Finanz-, Energie-, Wirtschafts- oder Europapolitik. Dabei ist Kompromissfähigkeit gerade in einer direkten Demokratie zentral. Die Polparteien haben entdeckt, dass sich mit Polarisierungsstrategien Wahlen gewinnen lassen. Deshalb sind sie, so hat man den Eindruck, an Wahlsiegen interessierter als an Lösungen. Die einen zelebrieren eine neue Art des Klassenkampfes, die andern konstruieren mal einen Stadt-Land-, mal einen Inländer-Ausländergraben, und beiden ist gemein, dass sie Sündenböcke präsentieren, die an allem Ungemach schuld sind. Daraus entstehen Feindbilder, die einer konstruktiven Debatte diametral entgegenlaufen. Und offensichtlich ist es einfacher geworden, mit Geschenken an die eigene Klientel oder einfachen Scheinlösungen politisch zu punkten als mit der notwendigen bitteren Medizin. Aber Politik ausschliesslich mit dem nassen Finger, mit unfinanzierten Gefälligkeiten und unter Vermeidung jeder Härte hat nirgends zu Erfolg geführt. Manchmal braucht es eben bittere Medizin zum Erfolg. Ludwig Erhard schaffte mit einer schmerzhaften marktwirtschaftlichen Revolution das deutsche Wirtschaftswunder. Leszek Balcerowicz entwarf jene liberale Rosskur, die aus dem mausarmen Polen ein geachtetes Schwellenland mit einer florierenden Wirtschaft machte. Gerhard Schröder machte mit seiner Agenda 2010, die ihn schliesslich die Wiederwahl kostete, aus dem «kranken Mann Europas» wieder eine blühende Volkswirtschaft. Aber gerade Deutschland zeigte in den letzten Jahren, wie man sich mit Gefälligkeitspolitik wieder dem Zustand des kranken Mannes nähert.

Aber auch bei uns haben sich schwierige Reformen ausbezahlt: Es war nicht das Nein zum EWR, das zur Basis unseres Erfolges der letzten Jahre wurde, wie bürgerliche Mitstreiter von rechts bisweilen behaupten. Es war im Wesentlichen ein Dreiklang: die Sanierung der Bundesfinanzen mittels Schuldenbremse und drei grosse Entlastungsprogramme; die autonome Umsetzung jenes straffen Liberalisierungsprogramms, das uns der EWR aufgebrummt hätte. Es war dies ein eindrücklicher Kraftakt von Parlament und Bundesrat, den der St. Galler Ökonom Heinz Hauser vorgeschlagen hatte; sowie schliesslich die Bilateralen Abkommen mit der EU.

Ich bin deshalb froh, dass unsere Partei trotz Gegenwind den Mut hat, das Notwendige, und nicht das Gefällige anzupacken. Ich schliesse dabei ausdrücklich unsere Mitglieder des Bun-

desrates mit ihrer Finanz- und Integrationspolitik ein. Das Wirtschaftsprogramm, das ihr heute beschlossen habt, ist ein gutes Beispiel dafür. Würde es integral umgesetzt, wäre es ein zentraler Pfeiler einer Strategie zur Sicherung des künftigen Erfolgs der Schweiz. Das braucht Mut, und es wird nicht überall auf Applaus stossen.

Das gibt mir Gelegenheit, ein paar Worte zu Thierry Burkart zu sagen, der bedauerlicherweise als Präsident seinen Rücktritt erklärt hat. Es ist zu früh, auf alle seine Verdienste einzugehen, denn er bleibt uns ja glücklicherweise noch für eine wichtige Wegstrecke als Präsident erhalten. Deshalb fasse ich mich kurz. Er hat den Mut gehabt, die Partei auf das Notwendige, und nicht auf das Populäre zu fokussieren. So räumte er etwa der ungeliebten, aber so wichtigen liberalen Ordnungspolitik wieder einen hohen Stellenwert ein, und er hatte den Mut, jene dringlichen Probleme zu benennen und anzupacken, mit deren Lösung man kaum Lorbeeren ernten kann. Dafür möchte ich ihm herzlich danken.

Im Zusammenhang mit eurem Wirtschaftskonzept ist mir noch etwas wichtig. Wer für eine starke Wirtschaft einsteht, dem wird immer wieder vorgeworfen, er vertrete einseitige Interessen, und dies auf Kosten jener, denen es im Lande vielleicht nicht so gut geht. Das Gegenteil ist wahr. Wir brauchen die überdurchschnittlich guten Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft nicht, um unfähigen Managern hohe Boni und Börsenspekulanten schöne Autos zu ermöglichen. Wir brauchen sie, um möglichst gute und gut bezahlte Jobs für möglichst alle zu schaffen, um jene Mittel zu erarbeiten, die den Sozialstaat überhaupt ermöglichen, um Bildung und Forschung zu bezahlen, um Sicherheit für alle zu schaffen und was der Notwendigkeiten sonst noch sind. Was eine schwächelnde Wirtschaft vor allem für die Schwächsten der Gesellschaft und für den Staat als Leistungserbringer bedeutet, das können wir tagtäglich live am Fernsehen verfolgen. Packen wir also die notwendigen Reformen an, um auch in schwierigen Zeiten unseren Wohlstand zu sichern.

Auch wenn die Herausforderungen gross sind, so ist die Ausgangslage zu deren Bewältigung in der Schweiz besser als in anderen europäischen Staaten. Das Vertrauen in die Demokratie ist bei uns noch gross, wohl weil die direkte Demokratie eine wirksame Kontrolle der Regierenden durch das Volk ermöglicht. Von links bis rechts besteht ein nach wie vor grosser Vorrat an gemeinsamen demokratischen und rechtsstaatlichen Werten. Mögen auch die Ansichten etwa über internationale Zusammenarbeit auseinandergehen, so ist die grundsätzliche Haltung zu unserem Staatswesen bei allen Parteien positiv. Auch wenn die Verwaltung in einigen Bereichen übermässig ausgewuchert ist – eure Forderung nach einem Personalstopp ist gerechtfertigt! –, so ist sie doch kompetent, bürgernah, kaum korrupt und motiviert. Unser Staat funktioniert. Seine finanzielle Situation ist – ausser leider bei den Sozialwerken – gesund. Das duale Bildungssystem ist nach wie vor ein Trumpf. Die Wirtschaft ist innovativ, strukturell gut aufgestellt und wettbewerbsfähig. Trotz Haarrissen, die leider grösser werden, sind die Standortratings noch sehr gut. Unser komplexes politisches Biotop mit direkter Demokratie, Milizprinzip, Föderalismus und Konkordanz erlaubt im Vergleich zu rein repräsentativen Regierungssystemen ein achtbares politisches Durchwursten durch zerklüftete politische Landschaften. Wir können es schaffen, wenn wir erwachen und zupacken statt uns zu beschimpfen. Es ist nicht eine Frage des Könnens. Es ist eine Frage des Willens. Des Erwachens.

Jean-Pascal Delamuraz, einer meiner wichtigsten politischen Freunde, pflegte zu sagen: «Les Suisses se lèvent tôt et se réveillent tard.» Um bei der Metapher zu bleiben, die euer Präsident geprägt hat, könnte man sagen: Der Freisinn soll und kann der Wecker sein!



Sag dem Bundesrat Deine Meinung!

6760 x Danke!

Nein zur Vorsorgesteuer!

Wer sein Leben lang hart arbeitet und eigenverantwortlich spart, darf nicht bestraft werden!

«Absurd! Wo führen solche Vertrauensbrüche hin? Ich investiere doch auch nicht in eine Solaranlage, wenn ein staatliches Verbot droht.»

Barbara Müller, Winterthur

So wie Barbara äusserten sich 6760 weitere Bürgerinnen und Bürger in unserer öffentlichen Vernehmlassung.

Damit alle, die den Wecker stellen, am Ende des Monats mehr im Portemonnaie haben.

FDP
Die Liberalen

faire-steuern.ch



 Folge uns!

Ungerechte Geistersteuer endlich abschaffen!

Wohneigentümer zahlen mit dem Eigenmietwert Steuern auf ein fiktives Einkommen. **Dieses Einkommen gibt es gar nicht. Der Staat hat es frei erfunden.**

Die Geistersteuer Eigenmietwert ist ungerecht. Sie belastet insbesondere ältere Menschen, aber auch junge Familien. Gemäss Bund leiden vor allem Wohneigentümer mit tiefem Einkommen unter der Steuer.

Der Eigenmietwert bestraft alle, die Wohneigentum haben oder erwerben wollen. Auch Wohnräume von Mieterinnen und Mietern sind betroffen.

Besonders störend: Schulden machen wird belohnt. Die Reform der Wohneigentumsbesteuerung macht damit Schluss. Sie ist ausgewogen und fair.

**Eigen-
mietwert
streichen**

Am 28. Sept.

JA
zu fairen
Steuern

FDP
Die Liberalen
